

Diese Volkswirtschaft, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten Willen abgelehnt werden konnte, erzeugt in den Vereinigten Staaten sowohl wie in England ungeborene Auflehnung. Roosevelt sieht sich dadurch zu noch heftiger Propaganda gegen die Freiheit der Meere und die 14 Punkte des Präsidenten Willen veranlaßt. Er betont, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit weder von der Entente noch von dem amerikanischen Volke angenommen wurden und daß England einen Anspruch darauf habe, die größte Flotte der Welt zu besitzen. Amerika müsse sich mit der zweiten Flotte begnügen, ebenso wie es nicht beanstanden könne, eine ebenso große Flotte zu unterhalten wie Frankreich.

Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll, wie man im Berliner Solomaner Hof, die Frage der Organisation einer aus Westeuropäern bestehenden Militärpolizei in Berlin und Umgebung zur Lösung gelangen. Der Kommodore Gerald hält diese Entscheidung für sicher, und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern wird. Am 13. Januar soll die Konferenz über den Präliminarfrieden mit Zustimmung deutscher Hauptstädter beginnen.

Die Sozialisierungskommission.

Über die Notwendigkeit einer weitgehenden Sozialisierung der dazu zehrenden Industrien herrscht wohl bis weit nach rechts kein Zweifel. Auch eine Regierung Erzberger-Saale wäre um diese Notwendigkeit nicht herumgekommen. Nur wenige extreme Vertreter des Mandariner-Liberalismus um jeden Preis stellen sich links gegen das wirtschaftliche und kognoskopische Gebot der Stunde.

Um so mehr bedauern wir es, daß auch die Sozialisierungskommission in ihrer heutigen Zusammenfassung keine absolute Bürgschaft für eine glückliche Lösung dieses schwierigen und unendlich vertwickelten Problems zu bieten scheint. Sie zählt durchweg hervorragende Volkswirtschaftler zu ihren Mitgliedern. Aber diese Männer treten aus der stillen Studierstube heraus, haben sich bisher mehr mit der wissenschaftlichen Beschreibung der wirtschaftlichen Zustände beschäftigt, als daß sie sich praktisch bei der Erzielung eines wirtschaftlichen Erfolges betätigt hätten. Wir weisen sogar, ob sie sämtlich theoretisch und praktisch über die elementaren Grundzüge der doppelten Buchhaltung und der modernen Betriebsführung unterrichtet sind, ohne welches Wissen sie die wichtigsten Fragen nicht lösen können. Ohne diese Kenntnisse können sie weder entscheiden, welche Abfindungssummen sie auf Grund der vorliegenden Bilanzen anzufordern haben, noch welche Organisation der künftigen staatlichen oder gemischten Betriebe am rationellsten ist.

Wenn die Sozialisierungsbestrebungen nicht von vornherein kompromittiert werden und Schiffbruch erleiden sollen, so ist es notwendig, daß sich die staatliche Bewirtschaftung als rentabel erweist. Ferner: Nur unter dieser Voraussetzung wird eine gesunde Sozialpolitik in den Betrieben möglich sein, eine Sozialpolitik, die mit dem steigenden Ertrage der Werke die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten erhöht, und für gemeinsinnige Anlagen zum Besten der Angestellten und Arbeiter Raum läßt.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß die Kommission schleunigt ergänzt und vervollständigt wird. Es wäre zu fragen, ob ihr nicht einzelne Unternehmer von weitem Blick und auch praktischer Auffassung beizugeben wären. Bekanntlich ist auf die Teilnahme des Präsidenten der A.-E.-G., Walter Rathenau, verzichtet worden, der schon durch lange Zeit für eine Reform unseres Wirtschaftslebens eingetreten ist. Wir lassen es dahingestellt, ob dieser Verzicht erfolgt ist, weil Walter Rathenau ein Unternehmer oder weil er ein führender Projektentwickler ist, deren man in der Kommission nachgeben muß. Aber dieser Fall ist auch durchaus sekundär. Es gibt auch andre kluge, besonnene und energische Unternehmer. Aber selbst wenn man auf diese verzichten wollte, so können es uns doch rufen, auch jene Gelehrten und Professoren heranzuziehen, die an den Handels-Hochschulen über Buchhaltung und wissenschaftliche Betriebsführung lesen, oder jene Männer, die während des Krieges im Dienste der Preisprüfungsstellen standen und sich bereits einen tiefen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Unternehmen erworben haben.

Man kann mit dem Einwande antworten, daß dieser Preisprüfungsstellen, besonders soweit sie zur Kontrolle der industriellen Lieferungen bestellt worden sind, keinen großen Einfluß ausgeübt haben. Wir lassen es dahingestellt, ob sie nicht dem einzelnen wertvolle und schätzbare Arbeit geleistet haben. Aber es ist doch die Bemerkung notwendig, daß die verwerfliche und forumpromierende Preisfeststellung während des Krieges weniger auf das Verschulden der in einem späteren Verlaufe errichteten Preisprüfungsstellen zurückzuführen ist als auf die Unachtsamkeit der künftigen Amtsinhaber, die zu Kriegsbeginn maßlos und ohne näheres Zusehen die tollsten Preise bewilligt haben. Das ferner diese Preise der typische Ausdruck der in Deutschland leider solange vorherrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverteilung zugunsten der Unternehmer gewesen sind.

Die Betonung der Notwendigkeit dieser Fragen sorgsam von Stadtmännern prüfen zu lassen, ist deshalb außerordentlich wichtig, weil es für uns nach dem Kriege nur eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Erholung und allmählichen Abklärung der Kriegskosten gibt: Die Nationalisierung des Produktionsprozesses und die Ausübung aller technischen und chemischen Erfindungen, die während des Krieges erzielt wurden und die jetzt in der Ubergangszeit und im Frieden hoffentlich vervollkommen weiter ausgebaut und ergänzt werden.

Der Sozialismus kann nicht bestehen, wenn die Gesellschaft nicht rein ist. Es ist unmöglich, die Arbeitszeit zu verringern, und zugleich durch reichlichere Versorgung mit lebenswichtigen oder kulturellen förderlichen Gütern das Leben zu erleichtern und zu verschönern, wenn nicht mehr Güter bei herabgesetzter Arbeitszeit produziert werden. Den Sozialismus verlangen und sich zu ihm bekennen, heißt, mehr Arbeit in kürzerer Zeit leisten. Der Sozialismus verheißt kein Schlaffenland, ist nicht die Zurückführung der Menschheit auf den paradiesischen Ursprung, wo die gebratenen Lämmer ins Maul fliegen. Der Volksbeauftragte Borth hat erklärt, daß die Revolution kein Anlaß zu Lohnbewegungen sei. Er hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Höhere Löhne oder Erhöhung der Produktivität haben nicht das Ergebnis, daß mehr Güter gekauft werden können, sondern nur, daß nach den vorhandenen Gütern eine stärkere Nachfrage eintritt, die die Preise treibt und den Effekt der Lohnbewegungen nach kurzer Zeit wieder aufhebt.

Die Verhandlungen der Sozialisierungskommission.
Berlin, 9. Dezember. Die Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung von Wirtschaftsbetrieben, die zu Vorsitzenden die Herren Kautsky und Professor Franke gewählt hat, legte heute ihre Beratungen fort. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Festlegung ihres Arbeitsplanes. Es wurden in dieser Hinsicht Anträge über die Aufhebung der durch die Kriegswirtschaft eingerichteten Zwangsmaßnahmen, über Auflösung der Kriegsgesellschaften und über damit zusammenhängende Aufgaben des Wirtschaftskomitees gestellt. Hinsichtlich der Frage der Kriegsgesellschaften und der Zwangsmaßnahmen konnte der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes mitteilen, daß die Regierung nicht daran denke, diese Zwangsmaßnahmen, soweit sie sich nicht durch den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen von selbst ausschalten, vorzeitig und ohne Grund aufzuheben.

Ein internationaler sozialistischer Kongreß.

Wie das N.Y. Handelsblatt aus Brüssel meldet, erklärte Guyonand, daß die Vollziehung des internationalen sozialistischen Kongresses, in der sich auch der Minister Vandenbergh befindet, beschlossen habe. Ende Januar oder Anfang Februar, zu einem Zeitpunkt, wo die Verhandlungen des Friedenskongresses zwar begonnen haben, aber noch nicht beendet sind, einen sozialistischen Kongreß nach Genf oder Amsterdam einzuberufen. Da die hauptsächlichsten Parteien im Ausland sind, sind Anträge ergangen, ob sie zur Teilnahme an diesem Kongreß bereit sind. Sobald hierüber Sicherheit besteht, sollen Ende Dezember die näheren Einzelheiten erörtert werden. Es handelt sich eigentlich um zwei verschiedene Kongresse, die gleichzeitig stattfinden sollen: nämlich einen der Gewerkschaften und einen der politischen Parteien. Dies geschieht, weil in gewissen Ländern gegen einen politischen Arbeiterkongreß Opposition existieren könnte. Die Vorbereitung ist dem Herrn Van Kel übertragen worden.

Deutsches Reich.

Der Kongreß der A. und S.-Räte in Berlin.
Berlin, 9. Dezember. (Kautsky) Bekanntmachung. Am 16. Dezember und folgende Tage findet in Berlin der Kongreß aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte statt. Die Teilnehmer werden gebeten, unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse die Reise zeitig zu beginnen. Bereits am Sonntag den 15. Dezember findet ein allgemeines Versammlungsamt statt. Die Delegierten wollen sich daher nach ihrer Ankunft im Kongreßbureau des Abgeordnetenbauhauses, Prinz-Albrecht-Straße, Saal 7, unter Vorlegung ihrer Ausweise melden. Es erhalten dort alle weiteren Mitteilungen.
Der Ausschuh des Volksrates Großberlin. J. A. Ragna.

Die Stellung der weiblichen Kriegsgesangenen.
Die Erfüllung der Weisheitsanforderungen und die Notwendigkeit, die Kriegsgesangenen drückend aus ihren Arbeitsstellen herauszuheben, um den zurückbleibenden deutschen Soldaten möglichst bald Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, haben dazu geführt, daß eine große Anzahl Kriegsgesangener auf den Arbeitsstellen unbeschäftigt bleiben muß. deren Überführung in ein Lager wegen Platzmangels zur Zeit nicht möglich ist. Da man vermehren wollte, eine völlige Abschließung der Kriegsgesangenen anzuordnen, so müßten die Freiheitsbeschränkungen der Kriegsgesangenen, soweit sie sich auf Arbeitsstellen befinden, aufgehoben werden, um so mehr, als es an der erforderlichen Anzahl Wohnmöglichkeiten mangelt. Die Anwesenheit der Kriegsgesangenen auf den Straßen ist daher unvermeidlich. Dagegen ist auch nichts einzuwenden, solange sie sich den Anordnungen des öffentlichen Verkehrs unterwerfen und Befehle öffentlicher Veranstaltungen und Polizei vermeiden. In diesem Sinne sind Anordnungen an die nachgeordneten Dienststellen ergangen.
Der Beauftragte des Volksrates des A. und S.-Rates, zugewiesen dem Kriegsministerium: Schlefinger.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Putschversuch der Chemnitzer Ulanen.

Die in der bürgerlichen Presse wiedergegebene Darstellung über die Vorkommnisse beim Einzuge der Chemnitzer Ulanen (nicht der Husaren) ist völlig unzutreffend. Nach der Chemnitzer Volksstimme hat sich der Vorfall ganz anders zugetragen und ist auch ernster Natur gewesen, als es bisher geschildert worden ist. Wir entnehmen unseren Chemnitzer Bruderblatt darüber folgendes:

Am Sonnabend kam eine Abordnung vom Ulanenregiment in die Ulanenkaserne, in der noch ein beträchtlicher Teil des Fußartillerieregiments Nr. 12 lag, erging sich in müdem Schimpfen und Drohungen, verlangte, daß die Kaserne unverzüglich geräumt werde, erklärte, wenn das nicht geschähe, so würden sie die Kasernen mit Waffengewalt vertreiben. Die Kaserne ist ihnen dann auch bis Sonntag morgen mit großer Mühe in aller Eile freigegeben worden.

Am Sonntag morgen trafen dann im Automobil auf der Straße Oberdorf-Bismarckstraße fünf Abgesandte des Arbeiter- und Soldatenrats, die Genossen Götter, Frisch und Heiß und der Sozialdemokratischen Partei und die Genossen Hedert und Reiser vor der Unabhängigen Partei beim Ulanenregiment ein. Genosse Götter trat als Sprecher auf, legitimierte sich durch Vorzeigen seines Ausweises und erklärte dem Major, daß die fünf Personen den seitlichen Empfang vorzunehmen und daß sie dabei verschiedene Formalitäten zu erledigen hätten. Major Genth erklärte darauf unter Zustimmung seiner Offiziere, daß er ihm per nichts an und gab den Befehl zum Marsch und zur Bestrahlung der fünf Erschienenen als Weiseln. Der Versuch Götter, dem Major noch weitere Aufklärung zu geben, wurde dadurch abgefaßten, daß der Major sich wendete und daß sofort Offiziere und Mannschaften über die fünf Delegierten mit Kolbenhieben und Faustschlägen, Stochhieben und Fuhrtritten herfielen, dabei wurden die gemeinsten Beschimpfungen, zum größten Teil von Mannschaften ausgesprochen. An den Beschimpfungen und Schlägen beteiligten sich auch Zivilisten kräftig. Wiederholt wurden die Verhafteten nebeneinander aufgeführt und mit Erschießen auf der Stelle bedroht.

Wegen des höchstverächtlichen Verhaltens der Abordnung des Regiments waren an der Straße Oberdorf-Bismarckstraße drei Wachposten aufgestellt und Patronen mitgeschoben worden. Den Truppen wurde, sobald der Streik lösend, der Befehl erteilt unter keinen Umständen zu schießen, dabei wurde auf keinen Schuß unterworfenen Mannschaften des Arbeiter- und Soldatenrats geschlossen. Dann wurden die Gefangenen im Triumph zur Stadt geführt.
Nachmittags kam auf besondere Einladung Major Genth in das Rathaus und brachte die fünf Verhafteten mit, die damit in Freiheit waren, und legte erst im Verlauf der Verhandlungen die Waffen ab. Es gab eine lange heftige Auseinandersetzung, während der der Major den schriftlichen Befehl des ihm vorgelegten Generalkommandanten Genossen Frisch erhielt, daß das Regiment in der Kaserne sofort die Waffen niederzulegen und diese einem dazu bestimmten Kommando des Grenzdienstes 181 bis 8½ Uhr zu

übergaben habe. Der Befehl wurde telefonisch und schriftlich (soweit an das Regiment gelangt, der Major und die anwesenden Vertreter des Soldatenrats) gegeben, die Beschlüsse des Regiments gaben eine schriftliche Erklärung ab, daß sie den Befehlen des Garnisonältesten uneingeschränkt gehorchen würden. Die Waffen wurden dann auch ausgeliefert und in der Nacht als Schulden vom Arbeiter- und Soldatenrat erhalten, durch das zuständige Kriegsgericht entzogen.

Soweit die Chemnitzer Volksstimme. Ihr Bericht zeigt erneut, daß konterrevolutionäre Absichten dann sofort durch Offiziere betätigt werden, wenn sie glauben, der Volkswille ihrer Mannschaften sicher zu sein.

Eine ungelegliche Anordnung des Leipziger A. und S.-Rats.

Der A. und S.-Rat in Leipzig hat eine die Aufbewahrung von Lebensmitteln betreffende Verfügung erlassen, die sich auch auf die Veräußerung dieser Lebensmittel erstreckt. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium erklärt dieses Vorgehen für ungeleglich und unangemessen und weist besonders darauf hin, daß niemand verpflichtet ist, den Anordnungen nachzukommen, weil die Leipziger Anordnung mit dem Beschluß des Provinzialen Landrats im Widerspruch steht, wonach sich die A. und S.-Räte Eingriffen in die Verwaltungstätigkeit zu enthalten haben.

Der Landesausshuh für die Staatsschuldenverwaltung.

ist einer Verfügung der Volksbeauftragten zufolge aufgestellt worden; die erforderliche Auslösung von Staatsschulden scheitern wird das Finanzministerium vornehmen.

Die sächsischen Vertreter im Reichsarbeiterrat.

Nach der Zusammenstellung des Volksrates des Arbeiter- und Soldatenrats Berlin entfallen für die am 16. Dezember in Berlin zusammentretende Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte auf Sachsen 28 Vertreter. Auf Verlangen des Berliner Volksrates hat das Gesamtministerium die Verteilung der Vertreter auf die einzelnen Kreisshauptmannschaften wie folgt vorgenommen: Bautzen zwei; Chemnitz sechs; Dresden acht; Leipzig acht; Zwickau vier. Die Arbeiter- und Soldatenräte der Kreisshauptmannschaften haben die Wahlen unverzüglich nach diesem Verteilungsplan vorzunehmen.

Gegen die Restifizierung der Leipziger.

Vom Ministerium für Militärwesen wird der Befehl folgende Mitteilung übermittelt: Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig hat nach einer Verfassungsveränderung in der Tagespresse scharfen Einspruch gegen zwei Verfügungen des Ministeriums für Militärwesen erhoben und erklärt, sie nicht befolgen zu wollen. Demgegenüber sei festgestellt: Die Verordnung über den Wahnspruch ist vorher dem Dresdener Exekutivkomitee übermittelt und von ihm an das General-Kommando in Dresden zur Begutachtung weitergegeben worden; letzteres erklärte Einverständnis. Einwendungen wurden nicht erhoben. Dann erst wurde die Maßnahme angeordnet.

Die Verfügung über wirtschaftliche Demobilisierung ist eine Verordnung des Reiches und war als solche weiterzugeben. Demnach soll in besonderen Fällen und nur in beschränkter Weise für kurze Zeit an gewissen Personenaufträgen weitergearbeitet werden, um allzugroße Arbeitslosigkeit zu verhindern. Auch soll dabei jeder Gewinn für die Unternehmer ausgeschlossen sein. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wird umgeben ein Nachtrag zu dieser Verordnung erlassen, der die in Betracht kommenden Ausnahmefälle regelt.

Das Ministerium für Militärwesen sieht auf dem Standpunkte, daß alle derzeitigen Arbeiten jetzt am zweckmäßigsten zu unterbleiben hätten. In diesem Sinne hat es auch die fragliche Angelegenheit der Anordnung des Reiches gegenüber erörtert. Zu ganz unzulässigen Zuständen aber müßte es führen, wenn ein einzelner Arbeiter- und Soldatenrat das Recht in Anspruch nehmen wollte, Anordnungen der Zentralstelle ohne weiteres nicht zu befolgen. Ein solches Verhalten verstoßt auch gegen die Auffassung des Gesamtministeriums.

Befreiung der Dissidenteninder vom Religionsunterricht.

Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts erläßt folgende Bekanntmachung: 1. Kinder von Dissidenten sind nicht mehr verpflichtet, an dem Religionsunterricht einer anerkannten oder beständigen Religionsgesellschaft teilzunehmen; sie sind auf schriftlichen, an die Schulinspektoren gerichteten Antrag der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht in den Schulen zu befreien. 2. Die Schulinspektoren haben den Bezirksschulinspektoren am Vierteljahrsschluss die Namen der befreiten Kinder zur Listenberichtigung anzugeben. 3. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Dresdner Kreditoren.
Auch die hier der gewerkschaftlichen Bestrebungen verbliebenen Kreditoren haben nunmehr den Weg gefunden in die gewerkschaftliche Organisation gefunden. In einer vollständig beschützten öffentlichen Versammlung am 5. Dezember beschäftigten sie sich mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Nach einem Bericht des Gewerkschaftsleiters Dr. Friedrich wurden mit erheblicher Offenheit die unzureichende Vergütung und sonstige im Gewerbe noch vorherrschende Mängel im Kost- und Lohnwesen geschildert und einstimmig beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die einstimmig beschlossene, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Kreditorenmeister, Herr Heide, führte die Anliegen der Gehilfen und enttäuschten fand aber bei der Gehilfenschaft keinen Anklang. Alles wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch die Kreditorengehilfen in den Kreditoren und Kassen ihre Lage nur verbessern können und diese der gewerkschaftlichen Organisation, und geschlossen erklärten die Versammelten ihren Beitritt zum Verbande der Arbeiter und Soldaten. Geschlossen wurde, eine neungliedrige Kommission zu wählen, die in Gemeinschaft mit der Leitung der Organisation die Forderungen formulieren und sie auf dem schnellsten Wege den Arbeitgebern unterbreiten soll. Die Forderungen erstrecken sich auf eine angemessene Erhöhung der Löhne, Zahlung von Gehilfenlöhnen nach dem bisherigen Monatsgehälter, Befreiung des Kost- und Logisgebührens.

Zu spät anferstanden.

Der Kreisverein Dresden des Verbandes Deutscher Gewerkschaften in Leipzig hat jetzt an die gesamten Dresdner Gewerkschaften ein Rundschreiben gerichtet mit der Bitte, den Anwaltskanzleien Teuerungsbau-Gehaltszulagen zu geben. — Was wir schon als sei der Leipziger Verband etwas sehr spät aufgefunden habe er sich zu keiner bestimmten „Seite“ reichlich viel Zeit gelassen. Wenn die Anwaltskanzleien solange hätten warten sollen und wenn nicht der Bureau angelegten Verband, die Interessen der Rechtvertretung dieser Angelegenheiten, auch die Interessen der Rechtswahlangelegenheiten mit allem Nachdruck wahrgenommen hätte, dann würden diese bei der das ganze Volk seit Jahren schwer belastenden Teuerung wohl längst verhungert sein.

Da
Einem
aus
nationaler
vereinigung
inter
Hier u
haben
nach Organ
man abge
Anreise
Hinter
geschw
klärung
ein ber
n e d m e
euten, p
Die r
Recht,
ste die
alle die
man jam
Staat, i
h (siehe
haben fol
auf eine
Dann
die id
schlichen
scheller
e nicht
unmelde
reiepolit
Der
Kredit
mlich zahl
Arbeiter
strenge
schleier
behalten
e, wo
auf leb.

More
mit einer
ort fauen.
die pol
euen a
das ich
reden un
Nach
müssen
die Mi
besser
die Ar
Arbeiter
Konfer
angele.
halten
die H
itung
Das
gebe
föhlt
hören,
die
wären.
Nach
eine
lange
Alr d
abdem
den D

Unf
and d
achtung
immer
schleien
aufge
nd re
er Kauf
ddorf,
Recht
del bei
ab der
Oft
die g
ung, U
drungs
igen
eine
Ab
Wesfel
dann
Nach
Kassie
dunrs
depre
leb stet

mühe
schäft
Berkel
stort
ellen.
den dur
geboten
agonwe
ter and
Hoch
ste in
stimmte
mand
rand, lo
bezäh
ng bes
die und
Hoch
d 552
für 1519

Die
dem
erhielt